

Jelzins Krieg im Kaukasus. (II): Motivation, Rechtfertigungen, Ängste

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1995). *Jelzins Krieg im Kaukasus. (II): Motivation, Rechtfertigungen, Ängste*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 2/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45259>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Jelzins Krieg im Kaukasus

Teil II: Motivation, Rechtfertigungen, Ängste

Zusammenfassung

Der zweite Teil der Analyse setzt sich mit den Rechtfertigungen russischer Machtpolitik in Tschetschenien auseinander. Galt es, dort den "Zerfall Rußlands" zu verhindern? War die "kriminelle Freihandelszone", als die Tschetschenien in der russischen Propaganda dargestellt wurde, eine Gefahr für Rußland? Auch die Themen der Besorgnis angesichts eines Kaukasuskrieges sollen hier analysiert werden: regionale Eskalation, Abnutzungskrieg, Restauration in Rußland, Veränderungen zur Außenwelt.

Hauptelemente der Rechtfertigung

Die konfrontative Tschetschenienpolitik der Präsidentenadministration mußte sich gegenüber Kritik im eigenen Land und internationalen Besorgnissen rechtfertigen. Die beiden Hauptelemente der Rechtfertigung waren die "territoriale Integrität" Rußlands und die Bekämpfung "grenzüberschreitender Gesetzlosigkeit" auf einem Teil seines Hoheitsgebietes. Im Ausland stellte man sich bei der Motivationsanalyse der unverständlichen Kriegspolitik die Frage, worin der materielle Wert Tschetscheniens für Rußland besteht.¹

Erhalt der Föderation und der "rußländischen Staatlichkeit"

Die Stichworte "territoriale Integrität" und "Erhalt der rußländischen Staatlichkeit" hatten in den letzten Jahren einen Konsens in der russischen Öffentlichkeit hergestellt. Der Erhalt Rußlands in den Grenzen der RSFSR bildete nach dem Entschwinden der ehemaligen Unionsrepubliken ins "nahe Ausland" den kleinsten

¹ In erster Linie wurde dabei die Erdölindustrie in dem Land genannt, die aber seit Jahren enorm rückläufig ist. Von größerer Bedeutung dürfte die verkehrsstrategische Lage des Landes sein, durch die wichtige Kommunikationslinien zwischen Südrußland und Transkaukasien verlaufen.

gemeinsamen Nenner für die Bestimmung der "nationalen Interessen" Rußlands. Die verschärfte Auseinandersetzung mit Tschetschenien stand 1994 im Kontext der Föderationsdebatte². Auch aus liberalem Munde wurden Stimmen laut, die eine straffe Föderation und klare Grenzen für lokale oder nationale Autonomiebestrebungen forderten. So ließ sich der ehemalige Finanzminister Boris Fjodorow vernehmen: Von der "tschetschenischen Frage" hänge "die Sicherheit aller Regionen ab, sowohl der nationalen als auch der rein territorialen". Die Regierung habe nur zwei Möglichkeiten: entweder Ordnung zu schaffen oder sich von Tschetschenien zu trennen. Die erste Option bedeute die rigorose Durchsetzung russischer Gesetze in der abtrünnigen Republik.³ Aber auch die zweite wurde von Kommentatoren in Erwägung gezogen.⁴

Jelzin und der Sicherheitsrat beriefen sich zur Rechtfertigung des militärischen Eingreifens auf die Verfassung der RF und darauf, daß nach ihr kein Föderationssubjekt das Recht auf Austritt habe. Auch die offiziellen Reaktionen auf Moskaus Krieg im Kaukasus im Ausland waren von der Vorstellung geleitet, daß dies eine "innere Angelegenheit" Rußlands sei, die seine "territoriale Integrität" betrifft. Gerade Staaten wie die Türkei, an die Dudajew um Solidarität mit der nationalen Selbstbestimmung der Tschetschenen appellierte, konnten kaum Partei für Grosny ergreifen, da sie selber gegen secessionistische Kräfte im eigenen Land militärisch vorgehen. Ausdrückliche Rechtfertigung fand Moskaus Intervention beim georgischen Staatschef Schewardnadse, der im eigenen Land die "territoriale Integrität" gegen secessionistische Kräfte in Abchasien zur obersten politischen Parole erhoben hat. In Washington, London, Paris und Bonn rückte man vom stereotypen Hinweis auf die "innere Angelegenheit" erst allmählich ab, als sich Moskaus Aktion zur Wahrung der "territorialen Integrität" als ein brutaler Krieg erwies.

Bei der legalistischen Argumentation mit der Verfassung Rußlands geriet die Chronologie durcheinander: Tschetschenien hatte bereits im November 1991 seine Unabhängigkeit erklärt, und dieser Vorgang stand damals in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion. Die neue russische Verfassung trat erst zwei Jahre später in Kraft, im Dezember 1993, auf der Basis eines Referendums, an dem Tschetschenien sich ebenso wenig beteiligt hatte wie an vorherigen plebiszitären Vorgängen im nach-sowjetischen Rußland. Die Verfassung, auf die sich Moskau hier beruft und die Tschetschenien miteinbezieht, kann allenfalls die der sowjetischen RSFSR sein, die zu überwinden und durch eine demokratische Ordnung zu ersetzen Hauptmotiv der neuen russischen Verfassung war. Auch der Föderationsvertrag vom März 1992 trägt nicht die Unterschrift Tschetscheniens.

Der Bluff mit dem "Zerfall Rußlands"

Der zweifelhafteste Punkt in der russischen Argumentation, in westlichen Kommentaren oft unkritisch übernommen, ist die Behauptung, daß die Sezession Tschetscheniens Nachahmer unter den Föderationssubjekten Rußlands gefunden und damit seine "territoriale Integrität" breitflächig gefährdet hätte. Bisher spricht nichts für diese Annahme. Tschetschenien hat nicht erst im Herbst 1994, sondern drei Jahre zuvor seine Unabhängigkeit erklärt. In den drei Jahren seiner chaotischen "Eigenstaatlichkeit" hat sich der vielbeschworene Ansteckungseffekt eben nicht entfaltet. Bei den Nachbarn im Nordkaukasus mit ihren konservativen politischen Führungen fand Dudajews Beispiel keine Nachahmung. Sie konnten aus der Nähe beobachten, daß der tschetschenischen Unabhängigkeit jede wirtschaftliche und außenpolitische Substanz fehlte. Selbst die Inguschen, die mit den Tschetschenen bis 1991 in einer gemeinsamen Autonomen Republik lebten, begründeten ihre eigene Republik 1992 auf der Zugehörigkeit zur RF, der sie nachfolgend allerdings durch die Moskauer Politik des Ausnahmezustands in der Zone des ossetisch-inguschischen Konflikts entfremdet wurden. Auch kritische Föderationssubjekte wie Tatarstan orientierten sich bei ihrer Selbstbehauptung gegenüber dem Föderationszentrum nicht an der tschetschenischen Sezession.

Wenn von der Gefahr eines Domino-Effekts die Rede sein kann, dann hat ihn Moskau mit der militärischen Intervention geschaffen. Die nationalen Bewegungen im Nordkaukasus fordern die Republikführungen nun dazu auf, den Föderationsvertrag aufzukündigen, sollte die von Moskau ausgehende Gewalt anhalten.⁵ Sie hatten bisher kein ernsthaftes Gegengewicht zu den konservativen politischen Republikführungen in Dagestan, Nordossetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und Adygien gebildet. Das kann

² U.Halbach, Rußlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, Bericht des BIOst, 61, 1994, S. 5f.

³ Izv., 13.9.1994, S.2.

⁴ Siehe besonders M. Leont'ev in Segodnja, 30.8.1994, S.10 und ebenda, 6.9.1994, S.1.

⁵ So auf einer außerordentlichen Sitzung der Völker des Kaukasus in Naltschik am 11.Dezember, SWB SU 2177, B/12 [29].

sich nun ändern.

Die Dominotheorie vom Zerfall Rußlands folgt der Übertragung vom Beispiel der Sowjetunion auf ihren größten Nachfolgestaat. Doch die zugrundeliegende Analogie ist falsch. Die historischen, ethnopolitischen und -demographischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, ja geographischen Bedingungen für die staatliche Unabhängigkeit der ehemaligen Unionsrepubliken waren andere als die für die nationalen Autonomien Rußlands. Rußland unterlag in den letzten drei Jahren allerdings einem starken Differenzierungsprozeß auf regionaler Ebene und war mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die Machtverhältnisse zwischen Bundes- und Länderebene auszubalancieren. Neben der "Demokratisierung" war die "Föderalisierung" der wichtigste Prozeß, an den sich Hoffnungen für ein neues russisches Staatswesen geknüpft hatten. Er wird heute vom Symbol russischer Panzer und Bomben gegen ein unbotmäßiges "Föderationssubjekt" erdrückt.

Beseitigung einer "kriminellen Freihandelszone"

Der stellvertretende Ministerpräsident Sergej Schachraj, einer der Hauptverantwortlichen für die gescheiterte "indirekte" Intervention gegen Dudajew, prägte den Begriff der "kriminellen Freihandelszone" für Tschetschenien. Seit Mai 1994 steigerte sich die regierungsnahe Presse in eine Berichterstattung über das abtrünnige Kaukasusland, in der sich alle etablierten Ethnostereotypen über die "wilden Bergvölker" entfalteten. Ins Extrem trieb Boris Jelzin die Kriminalitätsstereotype in der Fernsehansprache vom 27. Dezember, "die die Grenze des Rassistischen mehrfach streifte" (NZZ).

In der russischen Öffentlichkeit verfährt die Kriminalitätsstereotype in bezug auf kaukasische Völker aus verschiedenen Gründen. Einmal nimmt man in Rußland die Völker besonders durch ihre Diaspora wahr, und die meisten Kaukasusvölker und besonders die Tschetschenen haben eine weitgestreute Diaspora. Das Bild Armeniens oder Tschetscheniens wird von den Armeniern oder den Tschetschenen in Moskau und anderen Städten Rußlands geprägt. Da die Diasporagemeinden häufig in bestimmten wirtschaftlichen Nischen tätig sind, wobei Grenzen zur illegalen Wirtschaftstätigkeit fließend sind, eignen sie sich vorzüglich als Objekte von Neidkomplexen und Mafia-Ängsten, besonders die Tschetschenen, die einen festen Sippenzusammenhalt aus ihrer Kultur und eine Tradition des Überlebens in der Fremde aus ihrem Deportationsschicksal mitbringen. Tatsächlich spielen Tschetschenen in den "mafiösen Strukturen" Rußlands eine Rolle, aber das tun andere Nationalitäten auch, nicht zuletzt Russen.

Zum anderen ist der Vorwurf der Kriminalisierung der Wirtschaft in Tschetschenien seit 1991 nicht aus der Luft gegriffen. Auch Quellen aus Tschetschenien selber haben ihn bestätigt. Die "Normalwirtschaft" ist in der Periode der "Eigenstaatlichkeit" Tschetscheniens kollabiert, unter den Bedingungen der Emigration, der abrupten Abkoppelung von Rußland, der Wirtschafts- und Finanzblockaden durch Rußland. Die Machtelite um Dudajew soll sich z.B. an der lokalen Erdölindustrie bereichert haben, während die Bevölkerung in Armut versank. Eine wesentliche Finanzquelle für das Regime schien außerdem der Transfer unverzollter Waren aus dem Nahen Osten nach Rußland zu sein. Tschetschenien wurde zu einem Umschlagplatz illegaler Ware. Das Klischee vom "tschetschenischen Räuber" wurde durch Überfälle auf Passagierzüge gespeist, die auf der Magistrale zwischen Rostow am Don und Baku das Territorium Tschetscheniens durchqueren.

Doch daß die grenzüberschreitende Kriminalität im tschetschenischen Wirtschaftsleben ganz Rußland bedrohe, ist ein absurder Vorwand für Moskaus Antisepazessionskrieg, der nicht gegen "bewaffnete Banditen", sondern gegen ein Volk geführt wird, das wie kaum ein anderes Erfahrungen mit der Gewalt "rußländischer Staatlichkeit" gemacht hat.⁶ Er kann nicht akzeptiert werden, "weil sich angesichts der Zustände in Rußland so mancher Zuschauer fragen möchte, warum offene Recht- und Gesetzlosigkeit nur in Tschetschenien Strafaktionen nach sich zieht".⁷

Hauptthemen der Ängste in Rußland und der internationalen Besorgnis

Die Rechtfertigungsversuche waren weit davon entfernt, in Rußland einen positiven Konsens über die Gewaltanwendung herzustellen. Die Ängste und Besorgnisse, die schon lange vor dem Einmarschbefehl deutlich artikuliert worden waren, wurden nun in dem Maße gesteigert, wie das militärische Vorgehen der

⁶ So einschlägig, daß sich Moskau bereits genötigt sah, Gerüchte über eine erneute Deportation der Tschetschenen zu dementieren (SWB SU 2177 B/9 [20]).

⁷ NZZ, 29.12.1994, S.1.

Interventionstruppen in Tschetschenien von Tag zu Tag eskaliert und eine Vorgabe der Intervention nach der anderen ("keine Gewalt gegen die Zivilbevölkerung", "kein Sturm auf Grosny") gebrochen wurde.

Kaukasischer Krieg und regionale Eskalation

Die Auseinandersetzung mit Tschetschenien wurde in der russischen Öffentlichkeit von zwei historischen Stichworten begleitet: Afghanistan und Kaukasuskrieg. Ausführliche Artikel in Zeitungen wie "Nezavisimaja gazeta" und "Segodnja" setzten sich mit dem historischen Thema des "ersten kaukasischen Krieges" auseinander.⁸

Kann der Einmarschbefehl vom 11. Dezember einen "zweiten Kaukasuskrieg" einleiten, der sich als ähnlich aufreibend erweisen könnte wie der erste? Nein, sagt der Militärexperte P. Felgengauer, und verweist auf grundlegende Unterschiede zwischen damals und heute: Damals hätten die Bergvölker in wilder Autonomie gelebt und diese verteidigt, heute seien sie unauflöslich in die Infrastruktur Rußlands integriert; damals sei die russische Armee mit der Topographie des Kaukasus nicht zurechtgekommen, heute gäbe es auch im Kaukasus keine militärisch unzugänglichen Zonen und dauerhaften Basen für einen Guerillakrieg; damals sei der Widerstand von charismatischen religiösen Autoritäten geleitet worden, heute müßte sich Tschetschenien mit der zweifelhaften Figur Dudajews als Führer begnügen; damals habe ein Imam Schamil in Dagestan und Tschetschenien mit dem Widerstandsfunken ein straffes islamisches Staatswesen gegründet, heute lägen alle staatlichen Strukturen Tschetscheniens am Boden.⁹

Mag auch die Analogie zum 19. Jahrhundert in vielen Punkten fragwürdig sein, so bleibt doch in Rußland die Angst vor einem aufreibenden Krieg, vor einem russischen "Ulster" und vor regionaler Eskalation über den Nordkaukasus. Die Widerstandsversuche, die den russischen Marschkolonnen bei ihrem Vordringen nach Tschetschenien in Inguschetien und in Dagestan entgegengesetzt wurden, signalisierten die Gefahr einer regionalen Eskalation vom ersten Interventionstag an. Schon die Phase der verdeckten Intervention Moskaus, der "indirekten" Bekämpfung Dudajews, war von Aktivitäten der "Konföderation kaukasischer Völker" begleitet worden, in der sich 16 Ethnien des Nordkaukasus als miteinander korrespondierende Nationalbewegungen organisieren. Sie definierte ein direktes Eingreifen Rußlands seit langem als "casus belli" und entsandte, wie zuvor nach Abchasien, Freiwillige nach Tschetschenien. Seit August 1994 mehrten sich kaum verifizierbare Meldungen über den Zustrom von Söldnern und freiwilligen Kämpfern nach Tschetschenien.¹⁰ Dudajew selber knüpfte an die transnationale Widerstandsgemeinschaft im ersten kaukasischen Krieg an, an einen erstaunlichen Integrationsakt, in dem lokale und tribale Loyalitäten zur antikolonialen islamischen Solidarität hin überwunden wurden. Insgesamt ist unverkennbar, daß die historische Erinnerung und Erfahrung auf beiden Seiten, unter den Völkern des Nordkaukasus wie auch im Zentrum Rußlands, in dem Konflikt eine aktuelle Rolle spielt. Im Kontrast dazu war die Entscheidung zur Intervention von verblüffender Geschichtsblindheit geprägt.

Restauration

Eine Hauptsorge der liberalen Öffentlichkeit Rußlands und des Westens galt der Gefahr, daß sich der Sturm auf Grosny als ein Marsch in die innenpolitische Restauration erweisen könnte. Schon vor und kurz nach der Intervention äußerten sich Kritiker wie Gajdar, Jawlinskij, der Menschenrechtler Kowaljow u.v.a. besorgt zu dieser Perspektive. Mit der Verschärfung des militärischen Vorgehens in Tschetschenien Ende Dezember 1994 verdichteten sich die Warnungen vor dem "Polizeistaat". Die Rückwirkungen auf das

⁸ In ihm standen zwischen 1817 und 1864 die Bergvölker in Dagestan und Tschetschenien im östlichen und die Tscherkessen im westlichen Abschnitt des Nordkaukasus im Widerstand zur russischen Kolonialpolitik. An keiner Stelle seiner territorialen Expansion zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert war Rußland ein damit vergleichbarer Widerstand entgegengesetzt worden. Nie zuvor war es in einen Krieg verwickelt worden, der so lange anhielt und seinem imperialen Selbstwertgefühl so viele Schläge und Stiche zufügte. Das Zarenreich warf damals bis zu 300.000 Soldaten, ganze Soldatengenerationen, in den Kampf gegen die "wilden Bergvölker", und die extreme David-Goliath-Konstellation ließ in Europa und auch in Teilen der russischen Gesellschaft Sympathie für den kaukasischen Freiheitskampf aufkommen.

⁹ Vtoroj kavkazskoj voyny ne budet, in: Segodnja, 17.12.1994.

¹⁰ Da kamen angeblich Tschetschenen aus der russischen und nahöstlichen Diaspora bewaffnet in ihr Heimatland zurück, da sprangen Kämpfer aus Dagestan und anderen Teilen des Nordkaukasus, tatarische und baschkirische Jugendverbände, nationalistische Extremisten aus der Ukraine (angeblich 200 Mitglieder von "Ukrainischen Nationalversammlung - Ukrainische Selbstverteidigung) und schließlich Krimtataren dem bedrängten Tschetschenien bei.

Zentrum Rußlands wurden sichtbar, in Straßensperren in Moskau¹¹, in Angriffen der Regierung auf die Presse u.a. Man fühlte sich an bewaffnete Interventionen Moskaus am Ende der sowjetischen Periode erinnert, die damals allerdings den Reformprozeß ebenso wenig beendet haben wie sie den Zerfall der Sowjetunion aufhalten konnten: An den Einsatz sowjetischer Spezialtruppen gegen friedliche Demonstranten in Tiflis im April 1989, an Interventionen in Aserbaidschan im Januar 1990 und in Litauen ein Jahr später.¹²

In der Auseinandersetzung mit möglichen Folgen eines Abnutzungskrieges im Kaukasus, der Bekämpfung einer tschetschenischen Guerilla oder eines ins Innere Rußlands importierten Terrorismus wurde über den Zusammenhang zwischen dem Ausnahmezustand und dem Verlust an demokratischer Substanz nachgedacht, den jeder Staat in einer länger währenden Phase der Terrorismusbekämpfung riskiert, erst recht einer, dessen demokratische Substanz erst im Aufbau begriffen ist. In Rußland und im Ausland stellte man sich die Frage: Steht der 11. Dezember 1994 für das Ende der Reformperiode in Rußland?

Die Politik der Stärke und das Verhältnis zur Außenwelt

Die russische Regierung hatte sich schon vor dem Einmarsch in Tschetschenien in Machtposen verstiegen, die dem "inneren Ausland" (den nichtrussischen Autonomien im eigenen staatlichen Hoheitsbereich), dem "nahen Ausland" im ehemals sowjetischen Hoheitsbereich außerhalb Rußlands, und dem "fernen Ausland" Stärke demonstrieren sollten. In zeitlicher Nähe zum 11. Dezember wären hier Jelzins Warnung an Estland (Rußland werde auf keinen Zentimeter seines Territoriums verzichten) oder seine Rede vom 5. Dezember auf dem KSZE-Gipfel in Budapest zu nennen, die als die bisher harscheste Warnung an den Westen in Bezug auf eine Osterweiterung der Nato gewertet wurde.

Außenminister Kosyrew hatte die Aufgabe, den Einmarsch und insgesamt die Politik der Stärke international zu verteidigen. Er griff dabei wieder einmal auf einen mittlerweile abgenutzten Trick zurück, auf die Warnung vor "restaurativen Kräften": Die Russen dürften die Demokraten nicht als Befürworter der Schwäche erleben, die ein Auseinanderfallen des Landes zulassen, dann könnten bei der nächsten Wahl "nationalistische Patrioten" an die Macht kommen. Im Ausland war man allerdings immer weniger bereit, diese Argumentation zu akzeptieren. "Das Drohen mit dem Schreckgespenst Shirinowskij nutzt sich ab...Es ist die Frage, ob Jelzin und Kosyrew nur 'das Schlimmste verhindern' wollen, oder ob die Politik der Stärke, der Machtdemonstration und Gewaltanwendung längst ihre eigene geworden ist".¹³

Im "inneren" und im "nahen Ausland" hatte Rußland schon vor dem 11. Dezember militärisch interveniert, teils "indirekt" wie in Abchasien, teils direkt wie in Tadschikistan, teils durch den Ausnahmezustand wie in Nordossetien und Inguschetien. Immer stärker entsteht der Eindruck, als liege die Regelungskompetenz Rußlands auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, für die Moskau ein internationales Mandat beansprucht hat, primär in militärischen und nicht in politischen Handlungsmitteln.

Ausblick

Der russische Präsident hat sich - spätestens seit Beginn der "ultimativen" Phase vom Ende November 1994 - mit seiner Tschetschenienpolitik in eine Falle manövriert oder manövrieren lassen. Jetzt sind alle seine Handlungsoptionen irgendwie schlecht, und es kommt darauf an, die am wenigsten schlechte herauszufinden. Zieht er die russischen Truppen aus Tschetschenien zurück - wonach es am Jahresende am wenigsten aussieht - , muß er den mit der gescheiterten Machtpose verbundenen Gesichtsverlust hinnehmen, befiehlt er dagegen die maximale militärische Variante mit der Erstürmung Grosnys und dem rücksichtslosen Durchgreifen, erntet er womöglich ein Ausmaß an nationaler Opposition und internationaler Entrüstung, die auch seine abgehobene Präsidialautokratie kaum aushalten würde. In der Welt spricht sich herum, daß das tschetschenische Volk in der Vergangenheit schon mehrfach an Vernichtung grenzende Gewalt aus dem Norden erlitten hatte, und damit wächst die Identifikation mit dem Opfer. Die mittlere Handlungsoption, die Fortsetzung der Intervention auf dem Niveau der Einkesselung, Bedrohung und Beschießung des Gegners, könnte auf den befürchteten Abnutzungskrieg und die Guerilla hinauslaufen.

¹¹ Die Moskauer Behörden und das Innenministerium verfügen am 15.12. Restriktionen für den Aufenthalt in Moskau für Leute von außerhalb. 13.000 Personen wurden in den Straßen überprüft, 500 ausgewiesen.

¹² Süddeutsche Zeitung, 21.12.1994, S.8.

¹³ Süddeutsche Zeitung, 14.12.1994, S.4.

Zieht man die Aussagen heran, die alle mit dem Vorgehen gegenüber Tschetschenien befaßten Politiker vor dem Dezember 1994 gemacht haben, erscheint der Einmarschbefehl gespenstisch. Alle hatten die direkte Intervention in dem Kaukasusland kategorisch ausgeschlossen, mit dem unausgesprochenen Nachsatz: "Wir wären ja verrückt". Jelzin selber wird weltweit mit einem Ausspruch zitiert, den er drei Monate vor dem Einmarsch gemacht hatte: "Wenn wir Gewalt gegen Tschetschenien anwenden, wird sich der gesamte Kaukasus erheben, und es wird so viel Unruhe, so viel Blutvergießen geben, daß uns das niemand jemals verzeiht".

Am Jahresende 1994 kommentierte eine Moskauer Wochenzeitschrift:

"Wahrscheinlich hat die Gesellschaft Präsident Jelzin den Herbst 1993 - den kleinen Krieg in Moskau verziehen, weil ihr damals Hoffnung gemacht wurde: eine neue Verfassung, ein neues Parlament, neue Erwartungen. Niemand wußte vor einem Jahr, womit das neue Jahr 1994 beginnen würde. Jetzt wissen alle, womit das neue Jahr 1995 beginnt: mit der Fortsetzung des Feldzugs in Tschetschenien, welche Flagge auch immer am ersten Januar über Grosny wehen wird. Wichtig ist, daß dieses neue Jahr nichts Hoffnungsvolles bereithält".¹⁴

Uwe Halbach

¹⁴ Vek, 30.12.1994.